

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Jutta Krellmann, Klaus Ernst, Matthias W. Birkwald, Nicole Gohlke, Susanna Karawanskij, Katja Kipping, Thomas Lutze, Cornelia Möhring, Thomas Nord, Richard Pitterle, Michael Schlecht, Dr. Petra Sitte, Azize Tank, Dr. Axel Troost, Kathrin Vogler, Dr. Sahra Wagenknecht, Harald Weinberg, Katrin Werner, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/4411)

In der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste“ (Bundestagsdrucksache 18/4411) hat die Bundesregierung zu den Fragen 26 bis 31 geantwortet, dass ihr keine Erkenntnisse zur Höhe der Arbeitsunfähigkeitstage und deren zugrunde liegende Diagnosegruppe, über die Anzahl der Arbeitsunfähigkeitstage in Millionen aufgrund von psychischen Belastungen und über durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitstage je 100 Versicherte aufgrund von psychischen Belastungen und deren gesamtgesellschaftliche Kosten vorliegen. Dies ist verwunderlich, da der Bundesregierung in der Vergangenheit sehr wohl Erkenntnisse über gleiche Umstände vorlagen.

So hat sie im August 2014 (Bundestagsdrucksache 18/2291) über die Höhe der Arbeitsunfähigkeitstage und deren zugrunde liegende Diagnosegruppen und auch über die Anzahl der Arbeitsunfähigkeitstage in Millionen aufgrund psychischer und Verhaltensstörungen Auskunft erteilt. Darüber hinaus hatte die Bundesregierung auch Kenntnis über die am meisten aus den Anforderungen der Arbeitsaufgabe und Arbeitsorganisation psychisch belasteten Wirtschaftszweige, wo die Häufigkeit des Merkmals einen Spitzenplatz einnimmt. Einer dieser Wirtschaftszweige war nach Erkenntnis der Bundesregierung vor acht Monaten der Wirtschaftszweig „Erziehung und Unterricht“, über den die Bundesregierung nun angibt, keine Kenntnisse mehr zu haben.

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage „Psychische Belastungen in der Arbeitswelt“ (Bundestagsdrucksache 18/2291) lagen der Bundesregierung im Jahr 2014 über die Höhe der gesamtgesellschaftlichen Kosten, die in den Jahren 2012 und 2013 durch psychische Erkrankungen im Vergleich zu den Jahren 2011, 2002 und 1992 verursacht wurden, gemäß ihrer Antwort zu Frage 5 keine Erkenntnisse vor. Die Fragesteller verweisen hier auf die Höhe der Kosten aus dem Jahr 2010 aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/9478), wo diese Zahlen der Bundesregierung noch vorlagen. Die Fragesteller fragen daher erneut.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Anzahl der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund von Erkrankungen für die Berufe der Sozial- und Erziehungsdienste und speziell der Erzieherinnen und Erzieher vor, und wie hoch ist diese Zahl im Vergleich dazu in der Gesamtwirtschaft (bitte die jüngst verfügbaren Daten angeben sowie die vergangenen zehn Jahre darstellen; bitte nach Alter, Geschlecht sowie nach Bund und Ländern differenzieren)?
2. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die den Arbeitsunfähigkeitstagen zugrunde liegenden Diagnosegruppen?
3. Wie viele Arbeitsunfähigkeitstage in Millionen aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2013 und 2014 bei Beschäftigten in den Berufen der Sozial- und Erziehungsdienste und speziell bei Erzieherinnen und Erziehern, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2004 bis 2012 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosegruppen darstellen; bitte nach Geschlecht, Alter und nach Bundesländern differenzieren)?
4. Wie viele durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitstage je 100 Versicherte in der Diagnosegruppe „Psychische und Verhaltensstörungen“ gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2013 und 2014 bei Beschäftigten in den Berufen der Sozial- und Erziehungsdienste und speziell bei den Erzieherinnen und Erziehern, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zur Gesamtwirtschaft zu den Jahren 2004 bis 2012 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosegruppen darstellen; bitte nach Geschlecht, Alter und nach Bundesländern differenzieren)?
5. Welche Berufsgruppen in den Sozial- und Erziehungsdiensten weisen nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2009 bis 2014 besonders erhöhte Durchschnittszahlen bezüglich der „Tage je 100 Versicherte“ in der Diagnosegruppe „Psychische und Verhaltensstörungen“ auf (bitte nach Geschlecht differenzieren)?
6. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2013 und 2014 die gesamtgesellschaftlichen Kosten, die durch psychische Erkrankungen in den Berufen der Sozial- und Erziehungsdienste und speziell bei den Erzieherinnen und Erziehern verursacht wurden, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2009 bis 2012 dar (bitte für die einzelnen Jahre nach direkten und indirekten Kosten differenzieren)?

Berlin, den 26. März 2015

Dr. Gregor Gysi und Fraktion